

Nr. 5.2.1.11

Schreiben N. N. an das Reichswirtschaftsministerium (21.02.1922)

Brief

Bearbeitet von: Roman Köster

Fundort: Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund, K1, 1356

Formalia:

Maschinenschriftliches Briefdokument

Regest:

Seit dem Ende des Krieges gab es fortwährende Konflikte um die territoriale Integrität Polens und insbesondere die Frage, ob die wohlhabende Provinz Schlesien zu Deutschland oder zu Polen gehören sollte. Diese Konflikte spitzten sich insbesondere im Jahr 1921 zu, als französische, britische und italienische Truppen nach Schlesien einrückten, um dort die Abhaltung eines Plebiszites im März 1921 zu gewährleisten. Trotzdem kam es insgesamt zu drei polnischen Aufständen, besonders nachdem die Volksabstimmung mit etwa 60 Prozent zugunsten einer Zugehörigkeit zu Deutschland ausgefallen war. Am Ende wurde die Lösung gewählt, einen Teil Oberschlesiens, in dem das Plebiszit eine polnische Mehrheit ergeben hatte, abzutrennen und Polen zuzuteilen. Das war deswegen politisch heikel, weil genau diese Gebiete einen Großteil der schlesischen Schwerindustrie um Kattowitz beheimateten.

Aus diesen Konflikten ergab sich auch die Ausfuhrsperre, die Deutschland gegen Polen bereits 1920 einfuhrte und die nur eine Ausfuhr von Waren mit Sondergenehmigungen erlaubte. Diese vor allem politisch motivierte Maßnahme erwies sich jedoch nicht nur als vergleichsweise unwirksam, sondern es wurde bereits im Laufe des Jahres 1921 diskutiert, inwiefern sie nicht die schlesische Wirtschaft insgesamt schädigte. Das hier präsentierte Schreiben eines niederschlesischen Verbandsvertreters macht diesen Punkt nachdrücklich deutlich. Insbesondere wandte er sich gegen eine nationalistische Symbolpolitik, unter der am Ende vor allem Schlesien zu leiden hatte.

Abschrift 21. Februar 1922

Der unglückliche Verlauf des Krieges hat die Wirtschaft Schlesiens besonders hart getroffen. Grosse Absatzgebiete der Provinz Schlesien, wie z.B. die Provinz Posen, sind zum grössten Teil polnisch geworden. Schlesische Waren sind in den früher bedeutenden Absatzgebieten von West- und Ostpreussen nicht mehr konkurrenzfähig, weil Polen die Durchfuhr der Waren nicht gestattet und der Umweg über das deutsche Gebiet sehr teuer ist. Die Einfuhr nach der Tschecho-Slowakei wird durch die dortigen Behörden erschwert. Hinzu kommt, dass die Wirtschaft Schlesiens besonders hart getroffen wurde durch die sogenannte Ausfuhrsperre nach Polen, wodurch die Ausfuhr nicht nur nach dem eigentlichen Polen, sondern auch nach der ehemaligen Provinz Polen so gut wie ganz verboten war. Die schlesischen Handelskammern stehen seit Jahren auf dem Standpunkt, dass die Ausfuhrsperre den gewollten Zweck nicht erreichen kann und dass die Schäden, die die schlesische Wirtschaft durch die Ausfuhrsperre erleidet, nicht nur vorübergehend gross, sondern von dauernd nachhaltiger Wirkung sein werden. Selbst der Gewinn, der bei geschickten Verhandlungen infolge der Ausfuhrsperre evtl. zu erzielen gewesen wäre, wäre kleiner gewesen als der Schaden, der sich allerdings ziffernmäßig schwer berechnen lässt. Wenn vorübergehende Schädigungen hätten ertragen werden können, so ist es unerträglich, dass in Zukunft, selbst wenn die Grenze wieder geöffnet wird, Polen sich in vielen Dingen von Deutschland unabhängig gemacht hat, einmal dadurch, dass es die eigene Industrie gestärkt und vervollkommenet und anderseits dadurch, dass es mit dem Ausland, insbesondere mit der Tschecho-Slowakei, Geschäftsverbindungen angeknüpft und somit schlesische Firmen ausgeschaltet[sic!] hat. Es ist z.B. nachgewiesen, dass die Polen[2] seit etwa einem Jahr Schwefelsäure herstellen, während es früher

Schwefelsäure ausschließlich aus Deutschland bezog. Über diese Dinge ist Material beim Auswärtigen Amt vorhanden, ebenso ist der Beweis der mangelnden Effektivität dieser Maßnahmen erbracht worden. Auf meine wiederholten Vorhaltungen hin wurde mir im Auswärtigen Amt seit dem Bestehen der Ausfuhrsperre bis heute regelmäßig erklärt, dass man bestimmt hoffe, in wenigen Monaten mit den Polen zur Verhandlung zu kommen, und dass alsdann die Sperre wieder aufgehoben würde. Diese Hoffnungen haben sich aber bisher stets als trügerisch erwiesen. Alle Kreise, sowohl Handel und Industrie als auch, soweit mir bekannt ist, die zuständigen Ministerien, insbesondere das Reichswirtschaftsministerium, haben erklärt, dass sich die Sperre als solche als Fehlschlag erwiesen hat. Es mehren sich sogar die Stimmen der Deutschen, welche in Posen wohnen, die diese Ansicht durchaus teilen. Alle diese Dinge sind auch in Warschau bekannt und es scheint ausgeschlossen, dass man etwa noch hoffen darf, die Sperre als Droh- oder Druckmittel oder als Kompensationsobjekt bei Verhandlungen mit Polen zu nutzen. Sehr einflussreiche polnische Kreise haben im Gegenteil ein Interesse am Bestehenbleiben der Sperre, insbesondere diejenigen Kreise, welche der neu gestärkten Industrie in Polen nahe stehen. Ob man die Sperre jetzt lockern und aufheben oder aufrecht erhalten will, ist also lediglich eine Frage des Prestiges, und man kann durchaus der Ansicht sein, dass durch lautlosen Abbauen der Sperre den Interessen Deutschlands am meisten gedient sei. Ich bin dieser Ansicht.

Die Gerechtigkeit erfordert es, dass diejenigen Teile Deutschlands, die unter dieser Sperre am meisten^[3] zu leiden hatten, nun auch zunächst entlastet werden, denn es geht nicht an, bei einer Politik, die das Interesse des ganzen Reiches im Auge hat, einzelne Landesteile besonders zu belasten.

Ich schlage deshalb vor, dass das Auswärtige Amt an das Reichswirtschaftsministerium die Anweisung ergehen lässt, allmählich den Kreis der zu bewilligenden Ausfuhranträge nach Polen etwas weiter zu ziehen und insbesondere die von den Handelskammern befürworteten Anträge auf Ausfuhr nach Polen aus denjenigen Landesteilen, die hierbei am ersten zu berücksichtigen sind, gehört die Provinz Schlesien.

Den Provinzen Schlesien, insbesondere der Provinz Niederschlesien, droht aber noch eine weitere Gefahr. Nachdem der Wirtschaft Schlesiens weite Absatzgebiete, auch durch die Sperre genommen waren, wurde Oberschlesien von den Firmen intensiv bearbeitet, und es gelang, den Absatz schlesischer Waren in Oberschlesien auszubauen. Als Vertreter der Breslauer Messe in Berlin ist mir bekannt, dass der weitaus größte Teil der Käufer aus Oberschlesiern bestand und zwar insbesondere aus dem Industriegebiet, das jetzt polnisch wird. Besteht die Ausfuhrsperre weiter und wird das Industriegebiet von den Polen besetzt und als polnisches Gebiet endgültig behandelt, so müsste die Ausfuhrsperre auch auf dieses Gebiet ausgedehnt werden, wenn sie nicht völlig zur Farce werden soll. Dies würde aber für die Wirtschaft Oberschlesiens der[sic!] schwerste Schlag bedeuten, den sie seit dem Verlust des Krieges überhaupt erlitten hat. Deshalb muss die Ausfuhrsperre endgültig spätestens in dem Moment aufgehoben werden,^[4] wo die Besetzung dieses oberschlesischen Gebiets durch Polen erfolgt.

Der Gedanke, etwa Massnahmen zu erwägen, Ausfuhrbewilligungen nach diesem Gebiet zuzulassen, wäre zwecklos, da dadurch Schiebung Tür und Tor geöffnet würde. Auch der Gedanke, etwa Verbleibsbescheinigungen durch eine Handelskammer in Kattowitz, wie jetzt in Danzig erteilen zu lassen, erscheint nach den Erfahrungen, die man in Danzig gemacht hat, zwecklos.

Im Auftrage der schlesischen Handelskammern, welche die regionale Vertretung von Industrie und Handel in Schlesien bilden, bitte ich daher dringend, mit dem Abbau der Sperre zu beginnen, und zwar unter Berücksichtigung der schlesischen Ausfuhranträge mit dem Endziel, die Sperre zu beseitigen, sobald der an Polen fallende Teil Oberschlesiens in Besitz genommen wird.